

Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler Albstadt zum Haushaltsentwurf 2016

Am Ende ist alle Politik lokal...

Herr Oberbürgermeister Konzelmann, Herr Erster Bürgermeister Reger, Herr Bürgermeister Hollauer, meine Damen und Herren,

dieser Satz, den ich vor Kurzem in einem Zeitungsartikel über die Flüchtlingspolitik gelesen habe, zieht sich wie ein roter Faden durch die Themen und Diskussionen in Kreis- und Gemeinderat und beschäftigt uns auch heute bei der Verabschiedung des Haushalts der Stadt Albstadt für das Jahr 2016.

Am Ende ist alle Politik lokal bedeutet, dass wir heute über Aufgaben und Ausgaben entscheiden werden, die ihre Ursachen weit über die kommunale Ebene hinaus haben, und die uns dennoch in finanzieller, städteplanerischer aber auch humanitärer Hinsicht vor große, in diesen Dimensionen nicht vorhersehbare Herausforderungen stellen.

Als Folge baurechtlicher Vorgaben müssen wir über Sanierung, Neubau oder Schließung unserer Hallen nachdenken. Tarifabschlüsse bedingen eine weitere Erhöhung der Personalkosten. Auch bei den Albstadtwerken sehen wir die Abhängigkeit von äußeren Faktoren wie beispielsweise den Entwicklungen auf dem Energiesektor. Vor allem aber zwingen Konflikte und Kriege außerhalb Europas immer mehr Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Noch vor kurzem war es für uns kaum vorstellbar, dass so viele dieser Flüchtlinge bei uns in Deutschland ankommen und hier Asyl suchen.

Umso bedeutender ist es, dass die Konjunkturprognosen wie in den vergangenen Jahren optimistisch sind, und sich auch der Arbeitsmarkt weiterhin positiv entwickeln soll. Diese Faktoren sowie die während der Finanzkrise eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen spiegeln sich auch im vorliegenden Haushalt der Stadt Albstadt wieder.

Das finanzielle Polster aus dem Haushaltsjahr 2014 mit 8,1 Millionen Euro konnte in diesem Jahr nochmals um 3,8 Millionen Euro erhöht werden, so dass wir mit einem **Zahlungsmittelbestand** von 11,9 Millionen Euro in das neue Haushaltsjahr starten.

Der **Ergebnishaushalt** schließt mit einem ordentlichen Ergebnis von 0,5 Millionen Euro ab. Im Vergleich zum Vorjahr mit 4,3 Millionen Euro bedeutet dies zwar eine Verschlechterung, die Prognosen für 2016 und 2017 stimmen jedoch zuversichtlich.

Auch die **Schuldenentwicklung** ist vor dem Hintergrund der bevorstehenden Auf- und Ausgaben erfreulich. So konnte der Schuldenhöchststand von 2010 mit 64,2 Millionen Euro auf 30,7 Millionen in diesem Jahr mehr als halbiert werden. Aufgrund der anstehenden Investitionen und der niedrigen Zinsen sind die geplante Kreditaufnahme von 3,5 Millionen Euro und der damit verbundene vorübergehende Schuldenanstieg sinnvoll.

Das geplante **Investitionsvolumen von rund 31 Millionen Euro** macht deutlich, dass 2016 zahlreiche Herausforderungen in finanzieller und planerischer Hinsicht anstehen. Auf einige dieser Investitionen möchte ich im Folgenden eingehen.

Für die **Abwasserbeseitigung** werden 2016 und auch in den folgenden Jahren 1,6 Millionen Euro eingestellt.

In aller Munde ist bereits die Umsetzung der **Hallenkonzeption**. Zum einen stehen bei vielen Gebäuden Sanierungsmaßnahmen im energetischen Bereich an. Vor allem zwingen uns aber baurechtliche Vorgaben zum Handeln. Gerade beim Brandschutz wird es immer schwieriger, pragmatische Lösungen zu finden. Dass Interpretationsspielräume immer kleiner werden, hängt aber nicht nur mit der Regulationsflut oder -wut auf Bundes- und Landesebene zusammen. Da bei Unglücksfällen sofort nach Verantwortlichen gesucht wird und Gegner von Bauvorhaben baurechtliche Mängel nutzen um auf gerichtlichem Weg eine Verzögerung oder den Stopp von Projekten zu erreichen, ist inzwischen mehr juristischer als planerischer Sachverstand gefragt. Für die Kommunen hat dies enorme finanzielle Auswirkungen. Eine gesellschaftliche Diskussion über Sicherheitskultur ist dringend angesagt.

Als Folge steht in den kommenden Jahren das größte Bauprogramm der Stadt mit einem Nettovolumen von geschätzten 52 Millionen Euro an. Es gilt, Hallen auf den Prüfstand zu stellen, die auf den ersten Blick noch in gutem Zustand sind oder sogar vor nicht allzu langer Zeit saniert wurden. Die Fraktion der Freien Wähler begrüßt, dass wir als eine der wenigen Kommunen dabei strategisch vorgehen. Wir danken der Verwaltung, allen voran Herrn Baubürgermeister Hollauer und seinem Dezernat für die Restrukturierungskonzeption, die uns wichtige Kriterien und Entscheidungshilfen an die Hand gibt.

Als Impulsprojekt für die Umsetzung der Hallenkonzeption wird der Neubau einer multifunktionalen Sport- und Mehrzweckhalle auf dem bisherigen Parkplatz der Zollernalbhalle bezeichnet. In der Novembersitzung hat der Gemeinderat mit diesem Beschluss die Bewerbung für das ZIP-Investitionsprogramm ermöglicht, und wir hoffen auf den höchstmöglichen Fördersatz von 4 Millionen Euro bei – sicher optimistisch- geschätzten Baukosten von 11 Millionen Euro. Die Bezeichnungen, die in der Öffentlichkeit und in der Presse für die Halle verwendet wurden – „...Tausendsassa“ und „...eierlegende Wollmilchsau...“ machen deutlich, dass sie vielen, ganz unterschiedlichen Anforderungen und Erwartungen gerecht werden muss. Wir planen eine Halle, die unseren Sportlern, aber auch kulturellen Veranstaltungen einen optimalen Rahmen bieten soll. Dabei hoffen wir auf wichtige Impulse durch die geplante Infofahrt. Wichtig ist auch, unsere Fachleute vor Ort, nämlich Vereine, Vertreter der Schulen und das Kulturamt miteinzubeziehen. Wichtig ist unserer Fraktion auch Transparenz in Planung und Kostenentwicklung. Daher sollten auch Faktoren wie Parkmöglichkeiten und Parkplatzbedarf von Beginn an einkalkuliert und offen diskutiert werden.

Es warten schwierige und auch unpopuläre Entscheidungen auf uns. Was wir bauen, muss qualitativ hochwertig, flexibel und nachhaltig sein. Das erfordert, dass wir im Rahmen des Gesamtkonzepts alle Hallen auf den Prüfstand stellen und über Kirchtürme hinaus blicken müssen.

Der Schwerpunkt im Bereich **Stadtsanierung** liegt in 2016 im Gebiet „Südliche Stadtmitte“ in Tailfingen. Nach langer Wartezeit soll endlich der Rückbau des AC Kaufparks verwirklicht werden. Nachdem im Sommer die Technologiewerkstatt eröffnet worden ist, soll nun der Platz an der Bauernscheuer umgebaut werden. Wir hoffen, dass durch diese und andere geplanten Maßnahmen wichtige Impulse auch und gerade für private Investoren gesetzt werden.

Diese positiven Effekte durch die Innenstadtsanierung sind inzwischen in Ebingen sichtbar geworden. Nachdenken sollte man nach der Fertigstellung über eine Verlegung des Wochenmarkts in die Marktstraße. Neben städteplanerischen Vorteilen könnte so auch zusätzlicher Parkraum geschaffen werden.

Auch in den kleineren Stadtteilen herrscht Sanierungsbedarf. Den Verwaltungen in diesen Ortsteilen könnte dabei eine Erhöhung der Verfügungsmittel zu mehr Flexibilität und Eigenverantwortung verhelfen.

Durch den Ausbau der Ganztagesangebote und die Umsetzung der Inklusion werden auch bei den **Schulen** weitere Investitionen anstehen. Die Grundschule in Truchelfingen erhält einen Aufzug, die Kirchgrabenschule zusätzliche Räume für die Ganztagesbetreuung und das Schulzentrum Lammerberg und die Langenwandschule werden energetisch saniert. Auch die Neugestaltung der Schulhöfe wird fortgesetzt.

Nach den Schwerpunkten im investiven Bereich möchte ich nun zu den **Aufwendungen** kommen.

Hier fällt vor allem die **Steigerung der Personalkosten** um rund 15 % in den letzten beiden Jahren auf. Diese Kostenentwicklung müssen wir wachsam beobachten.

Neben den Tarifierhöhungen haben zusätzlich geschaffene Stellen, vor allem im Bereich Kinderbetreuung und Schulen, diese Mehrkosten verursacht. Wir haben uns jedoch fraktionsübergreifend entschieden, die Betreuungs- und Bildungsangebote in unserer Stadt weiter bedarfsgerecht und auf qualitativ hohem Niveau auszubauen, um jungen Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. In der neu eröffneten Kindertagesstätte Veilchenweg in Tailfingen sind dazu räumlich, personell und konzeptionell gute Bedingungen geschaffen worden. Und diesen Anspruch gibt es nicht zum Nulltarif.

Insgesamt sind im vorliegenden Haushalt 4,4 Millionen Euro Nettoaufwendungen für Schulen eingestellt. Die Nachfrage nach Ganztagesbetreuung steigt weiterhin an. Bildungspolitische Entwicklungen wie die Umsetzung der Inklusion, Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung, Einführung der Gemeinschaftsschule und die Reform der Realschulen erschweren die Planbarkeit und die Fortsetzung unseres Schulentwicklungskonzepts. Wichtig war und ist uns, das Angebot der Schulsozialarbeit weiter auszubauen. Steigende Ausgaben im sozialen Bereich machen die Bedeutung

präventiver Jugendarbeit deutlich. Erfreulich ist dabei, dass die Landesregierung die **Zuweisungen** aus Landesmitteln erhöht und damit bildungs- und familienpolitische Zeichen gesetzt hat.

In diesem Zusammenhang unterstreichen die Freien Wähler auch die Bedeutung der Psychologischen Beratungsstelle in Ebingen und die Verantwortung der Stadt bei deren Unterstützung.

Ich möchte an dieser Stelle noch eine Herausforderung ansprechen, auf die Sie, Herr Bürgermeister Reger, in Ihren Ausführungen zum Haushaltsplan detailliert und , wie ich finde, bemerkenswert verbindlich eingegangen sind. Nach dem Wegfall des sogenannten „LEA-Privilegs“ rechnet die Verwaltung ab 2017 mit einer jährlichen Zuweisung von ca. 400 Asylbewerbern für Albstadt. Dabei ist eine Kostendeckung durch Kreis und Land zugesagt. Dennoch wird die Bewältigung dieser Aufgabe von zentraler Bedeutung sein. Es gibt viel Kritik an den politischen Regelungen und Vorgaben. Die Bearbeitungsdauer von Asylanträgen ist zu lang, so dass Kommunen und Asylbewerber zu lange im Ungewissen bleiben. Die fehlende Planungssicherheit erschwert die Integration. Für die Menschen, die uns zur Anschlussunterbringung zugeteilt werden, übernehmen wir als Kommune die Verantwortung. Die Freie Wähler Fraktion begrüßt das strategische Vorgehen der Verwaltung, die rechtzeitig nach geeignetem Wohnraum sucht und sich Gedanken macht, welche integrativen Maßnahmen notwendig sein können. Hier unser Dank an die zahlreichen Ehrenamtlichen, deren Kontakte und Erfahrungen bei der Integration sehr hilfreich sein werden.

Meinen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats und der Verwaltung möchte ich hier für das gute Miteinander danken. Bei allen inhaltlichen Diskussionen und auch Meinungsverschiedenheiten in manchen Bereichen bin ich gerade beim Thema Asyl froh, dass uns gemeinsame und grundsätzliche Wertvorstellungen und Demokratieverständnis verbinden und so verbales Zündeln wie andernorts erschwert wird. Gemeinsam schaffen wir das, davon bin ich überzeugt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, unser gemeinsames und übergeordnetes Ziel ist es, unsere Stadt zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Der demografische Wandel verstärkt das Gefälle zwischen Stadt und Land. Umso entscheidender ist Albstadts Bedeutung als Wirtschaftsstandort - jeder dritte Arbeitsplatz im Zollernalbkreis ist in unserer Stadt. Dies verdanken wir unseren mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern, die immer wieder neue Nischen durch innovative Produkte und Entwicklungen besetzen können. Eine wichtige Zukunftsaufgabe wird daher sein, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Es muss uns gelingen, die sogenannten weichen **Standortfaktoren** weiter zu optimieren und zu kommunizieren.

Um diese Ziele erfolgreich umsetzen zu können, von denen auch unsere Unternehmen profitieren, müssen wir über eine Anpassung der Gewerbesteuer nachdenken, die über 30 Jahre nicht angetastet wurde und weit unter dem Durchschnitt liegt.

Durch den Masterplan Tourismus wird erfolgreich beworben, was wir als Bürger an Lebensqualität ständig selbst erfahren können: unsere Stadt bietet neben qualifizierten Arbeitsplätzen und einer aufstrebenden Hochschule eine beeindruckende Landschaft und ein vielfältiges Freizeit- und Kulturangebot. Sie ist Wohn- und Arbeitsstadt zugleich, ein Vorteil, den nur wenige Kommunen bieten können.

Als wichtige Aufgabe betrachten die Freien Wähler auch das geplante Wohnbauflächenkonzept. Der unter anderem vom Regionalverband geforderte „Innen-vor – Außen-Entwicklung“ muss entgegengehalten werden, dass ca. 1000 Bauplätze in der Stadt in privater Hand sind. Eine weitere Ausweisung von Baugebieten, wie z.B. „Stocken“ in Onstmettingen, halten wir für daher für unabdingbar.

Neben den schon angesprochenen Bildungs- und Betreuungsangeboten ist die medizinische und pflegerische Versorgung ein weiterer wichtiger Standortfaktor. Nach wie vor gilt es, die haus- und fachärztliche Versorgung zu sichern. Gleichzeitig verunsichert die Diskussion um die Zukunft des Zollernalbklinikums die Menschen in und um Albstadt sehr. Es gibt medizinische und strukturelle Gründe, die für ein Zentralklinikum sprechen. Die Ansprüche an dieses Zentralklinikum sind hoch. Es muss modernsten medizinischen, aber auch planerischen Anforderungen entsprechen um flexibel und zukunftsfähig zu sein. Weder am bisherigen Standort Albstadt, noch in Balingen können diese Anforderungen erfüllt werden. Die Entscheidung des Kreistags im neuen Jahr hängt von finanziellen, strukturellen aber auch politischen Kriterien ab. Fakt ist, dass Albstadt als größte Stadt und größter Kreisumlagenzahler eine zentrale stationäre Versorgung beanspruchen muss, sei es in Form eines gleichwertigen Zeitstandortklinikums oder eines neu zu konzipierenden Zentralklinikums an einem neuen Standort.

„Der Stellenwert der Kommune wird wachsen. Die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens wird wesentlich vor Ort bestimmt. Das Zusammenspiel zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft wird neu verhandelt.“

Mit dieser Bilanz des Projekts „LebensWerte Kommune“ der Bertelsmannstiftung möchte ich zum Schluss kommen. Bürgerinnen und Bürger und ihre gewählten Vertreter vor Ort entscheiden gemeinsam mit der Verwaltung darüber, ob unsere Stadt für die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte gut aufgestellt und vorbereitet ist. Informierte, engagierte Bürger, Transparenz und eine offene Kommunikation sind wichtige Voraussetzungen für dieses Zusammenspiel. Bürgerbeteiligung bedeutet aber auch, dass Engagement nicht nur persönlichen Interessen und Zielen, sondern dem Wohl der ganzen Stadt zu dienen hat.

Unser Dank gilt der Verwaltung, stellvertretend Ihnen, Herr Oberbürgermeister Konzelmann, dafür, dass Sie sich für eine offene, bürgernahe Politik stark machen. Wir danken Herrn Pannewitz für die Erstellung des vorliegenden Haushaltsplans und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Albstadt, die sich engagiert an die Umsetzung machen.

Die Fraktion der Freien Wähler wird dem Haushaltsentwurf für 2016 zustimmen.

Für die Fraktion der Freien Wähler Albstadt

Manuela Heider, Fraktionsvorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort